

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 21/2018

14. Dezember 2018

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

ich freue mich sehr, dass wir zum Jahresende in dieser Woche noch das **Gute-Kita-Gesetz** beschlossen haben. Damit setzen wir eine weitere zentrale Wahlkampforderung der SPD um. In den nächsten vier Jahren stellt der Bund den Ländern insgesamt 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind noch einmal 2 Milliarden Euro mehr, als im Koalitionsvertrag vereinbart wurden.

Mit diesem Geld finanzieren wir **Qualitätsverbesserungen in den Kitas und Beitragsentlastungen für die Eltern**. Indem wir die Qualität der Kindertagesbetreuung bundesweit und zielgenau verbessern, gehen wir einen wichtigen Schritt hin zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland. Und durch die Beitragsbefreiung von Familien mit geringem Einkommen ebnen wir allen Kindern den Weg zu guter frühkindlicher Bildung.

Das Gute-Kita-Gesetz war das letzte Vorhaben, dessen Umsetzung wir uns für 2018 vorgenommen hatten. Damit haben wir es in diesem Jahr geschafft, in vielen zentralen Politikfeldern die Weichen neu zu stellen.

Im Wahlkreis beschäftigt uns wieder einmal die **Elektrifizierung der Bahnstrecke Hameln-Elze**. In einem gemeinsamen Brief an den parlamentarischen Staatssekretär Ferlemann im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur habe ich mit allen Bundes- und Landtagsabgeordneten der demokratischen Parteien den Unmut über mangelnde Beteiligung der Kommunen und des Landkreises Hameln-Pyrmont deutlich gemacht und auf um einen Gesprächstermin des Ministeriums mit den betroffenen Entscheidungsträgern vor Ort gedrängt. Zeitgleich haben der Landrat und die betroffenen Bürgermeister eine Resolution in gleicher Sache an das Ministerium gesandt. Zur Zeit befinden wir uns in der Terminabstimmung, ich halte Euch auch hier auf dem Laufenden.

Einen Überblick über meine Aktivitäten in den vergangenen Tagen findet gibt es wie gewohnt auf den folgenden Seiten. Viel Spaß beim Lesen.

Euer



Johannes Schraps



Inhaltsverzeichnis

- Seite 2 — Konzert des Polizeichors Hameln
— Verleihung der „Goldenen Ratte für Inklusion“
- Seite 3 — Deutsch-Ungarisches Jugendforum in Budapest
- Seite 4 — Themenüberblick Bundestag
- Seite 5 — Weihnachtsgrüße

Ihr findet mich auch bei:



WEIHNACHTSKONZERT DES HAMELNER POLIZEICHORS

Der Polizeichor Hameln läutet traditionell mit einem festlichen Konzert zur Weihnachtszeit ein. Gemeinsam mit meinem Kollegen Dirk Adomat nahm ich an dem Konzert teil. Unter der Leitung von Andranik Simonyan hatten die Hamelner wieder zahlreiche Gäste versammelt. Die Neue Philharmonie Hamburg sorgte mit Tenor Ewandro Stenzowski, Konzertpianist Maurizio Deiana und dem Nürnberger Shanty-Chor der Wasserschutzpolizei für einen gelungenen Konzernachmittag und ganz viel vorweihnachtliche Stimmung bei allen Besuchern.



VERLEIHUNG DER „GOLDENEN RATTE FÜR INKLUSION“



Am 3. Dezember, dem internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen, wurde in Hameln traditionell die "Goldene Ratte für Inklusion" verliehen. Mit dem Inklusionspreis werden Unternehmen ausgezeichnet, die den Schritt in die Inklusion

gewagt haben. Die Größe des Unternehmens spielte bei der Vergabe der goldenen Ratte keine Rolle. Egal ob die kleine Eckkneipe, der Einkaufsladen, der Handwerkschaftsbetrieb aus der Nachbarschaft oder ein Großkonzern, alle haben die gleiche

Chance, den Preis verliehen zu bekommen. Wichtig ist, dass Menschen mit Beeinträchtigungen oder Gleichgestellte im täglichen Arbeitsbetrieb beschäftigt bzw. ausgebildet werden.

Der diesjährigen Preis ging an die Hamelner Filiale der Kaufhauskette real. Der Beirat für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Hameln-Pyrmont würdigte damit das große Engagement der Marktleitung und des Betriebsrates zur beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen. Der Anteil der Menschen mit Einschränkungen beträgt im real-Markt in Hameln mittlerweile 18%. Auch ich sage: Herzlichen Glückwunsch!

DEUTSCH UNGARISCHES JUGENDFORUM



Letzte Woche bin ich als Berichterstatter für Ungarn im Europaausschuss nach Budapest gefahren, um am dritten Deutsch-Ungarischen Jugendforum teilzunehmen. Neben den Gesprächen mit den jungen Teilnehmern des Forums sowie mit den Vertretern der Opposition, Medien und NGOs habe ich an einer Podiumsdiskussion zum Thema "Welche Ideen haben wir für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger?" teilgenommen. Ich habe mit Tamás Menczer, dem Staatssekretär für Internationale Beziehungen im ungarischen Außenministerium, mit Cornelia Pieper, der deutschen Generalkonsulin im polnischen Danzig und István Hiller, dem ehemaligen Minister und Oppositionspolitiker der MSZP diskutiert. Ich fand es schade, dass es schon beim ersten Statement des Staatssekretärs nur um Migration ging, wo der so genannte

"Volkswille" durchzusetzen sei. Aus meiner Sicht hat ein Europa der Bürgerinnen und Bürger deutlich mehr Facetten. So habe ich deutlich gemacht, dass es Demokratien ausmacht, dass auch Minderheitenmeinungen Eingang in den demokratischen Konsens finden. Wer glaubt, Volksabstimmungen seien Demokratie in Reinform, in denen

sich Volkswille ausdrückt, ist meiner Meinung nach im Irrtum. Eine solche Mehrheitsentscheidung schließt stets eine Minderheit aus. Parlamentarische Verfahren sind hingegen auf Inklusion angelegt. Sie versuchen möglichst breite Teile der Bevölkerung in den Konsens einzubeziehen. Referenden oder Plebiszite sollten deshalb aus meiner Sicht die Ausnahme sein. Bemerkenswert und zugleich sehr bedenklich fand ich, dass nach der Diskussionsrunde gleich mehrere Zuhörer auf mich zukamen, um sich für die offene Diskussion zu bedanken. Verbunden mit dem Hinweis, dass eine solche offene Debatte in Ungarn selten geworden sei. Diese Entwicklung dürfen wir in der EU nicht einfach so beobachten. Das vom EU-Parlament gestartete Artikel-7 Verfahren gegen Ungarn geht deswegen aus meiner Sicht in die richtige Richtung.



Den Brexit geordnet vollziehen

Im Antrag „Den Brexit geordnet vollziehen“ begrüßen wir, dass die EU und die Verhandlungsführer des Vereinigten Königreichs eine Einigung über ein Austrittabkommen erzielt haben. Zugleich formulieren wir die Erwartung, dass im nächsten Schritt der rechtlich verbindliche Abschluss des Abkommens gelingt. Die nun verschobene Abstimmung im britischen Unterhaus bestätigt, wie schwierig dies sein wird.

Der Antrag betont daher, dass Nachverhandlungen keinen Erfolg haben werden, denn eine bessere und für beide Seiten fairere Vereinbarung wird es nicht geben. Und nur wenn es einen vertraglich geregelten Austritt gibt, können die künftigen Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich so eng wie möglich ausgestaltet werden.

Stärkung der Rechte intergeschlechtlicher Menschen – Änderung der Angaben im Geburtenregister

Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung der im Geburtenregister einzutragenden Angaben stärkt die Koalition die Rechte intergeschlechtlicher Menschen. Die bisherige Beschränkung der personenstandsrechtlichen Registrierung des Geschlechts bei der Geburt auf „männlich“ und „weiblich“ bzw. keine Angabe, wenn ein Kind keinem der beiden Geschlechter zugeordnet werden kann, ist verfassungswidrig. Das stellte das Bundesverfassungsgericht im vergangenen Jahr fest.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Eintragung in das Geburtenregister neu geregelt, sodass zukünftig die Möglichkeit besteht, neben keiner Angabe, „männlich“ und „weiblich“ auch „divers“ anzugeben.

Verbesserungen beim Glasfaserausbau

Alle Möglichkeiten müssen genutzt werden, um moderne Telekommunikationsnetze schneller auszubauen. Zum Beispiel sollen Breitbandnetze parallel verlegt werden, wenn bei Baustellen im öffentlichen Straßenland, z. B. bei der Verlegung von Abwasserkanälen, die Straße aufgegraben wird. Darum besteht seit Ende 2016 bei öffentlich (teil-)finanzierten Bauarbeiten die Pflicht, Telekommunikationsunternehmen die Verlegung von Breitbandinfrastrukturen im Rahmen der Bauarbeiten zu ermöglichen. Diese Pflicht zur Mitverlegung wird jedoch auch zwischen konkurrierenden Telekommunikationsunternehmen geltend gemacht. Wenn ein Unternehmen die Bauarbeiten durchführt, versucht ein anderes Unternehmen seine Infrastruktur kostengünstig mitzuverlegen (sog. Überbau). Das führt inzwischen zu Fehlanreizen für das erste Unternehmen, da sich die Investition nicht mehr rechnet, und der Glasfaserausbau dadurch insgesamt gehemmt wird.

Schnellere Termine für gesetzlich Versicherte

Mit dem Gesetzentwurf, den wir diese Woche in erster Lesung be-

handeln, sollen gesetzlich Versicherte zukünftig schneller Arzttermine bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden unter anderem die seit 2016 existierenden Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen ausgebaut. Bislang vergeben diese Stellen Termine nur für Fachärzte und Psychotherapeuten. Zukünftig sollen sie rund um die Uhr auch für die ambulante Versorgung und für Notfälle ansprechbar sein. Auch bei der Suche nach einem dauerhaft versorgenden Haus- oder Kinderarzt können Patientinnen und Patienten zukünftig die Unterstützung der Terminservicestellen in Anspruch nehmen. Ebenso sollen die Servicestellen online erreichbar sein, so dass die Terminvereinbarung auch per App stattfinden kann.

Kulturgut Buch fördern – Buchpreisbindung erhalten

In dieser Woche berät der Deutsche Bundestag einen Antrag zum Erhalt der Buchpreisbindung in Deutschland. Das Buch ist ein herausragender Teil des großen kulturellen Reichtums in unserem Land, den es zu schützen gilt. Die vielen Autorinnen und Autoren, die Verlage und die zahlreichen Buchhandlungen in unseren Städten prägen das Kulturgut Buch auf vielfältige Weise. Das Buch ist nicht nur ein Wirtschaftsprodukt, das gehandelt wird, sondern es ist auch ein identitätsstiftendes Kulturgut für viele Bürgerinnen und Bürger. Die Buchhandlungen sind Trägerinnen von Kultur vor Ort.

WEIHNACHTSGRÜSSE

Liebe Freunde,

das Jahr 2018 neigt sich dem Ende zu. Nach einem intensiven Jahr haben wir uns eine kleine Pause verdient. Wir wünschen auch Euch eine ruhige und besinnliche Weihnachtszeit. Zeit zum Kraft tanken. Zeit für Familie, Freundinnen und Freunde und Zeit für euch persönlich.

Wir haben auch im nächsten Jahr viel vor und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit und Begegnungen mit vielen engagierten Menschen. Lasst uns gut erholt ins Jahr 2019 starten! Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch!

Eure

Alexandra, Eva, Heike, Jan, Johannes, Irina und Philipp.



Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva,
Jan-Eric Sauer, Eva Zimmermann